

SPD-Fraktion im Stadtrat Dresden

Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0351 – 488 2688
Fax: 0351 – 488 2056
info@spd-fraktion-dresden.de

Anfrage Nr.: mAF0205/17
Datum: 13. März 2017

M Ü N D L I C H E A N F R A G E

SPD-Fraktion
Peter Bartels

Sitzung am:

Gegenstand:

Mieterhöhung für Bürger, die die Wohnkosten erstattet bekommen

Fragen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus Veröffentlichungen ist der Stadtverwaltung bekannt, dass aktuell aufgrund der erheblich gestiegenen ortsüblichen Mieten viele Vermieter von ihrem Recht Gebrauch machen und dem Mietern Mieterhöhungsverlangen zukommen zu lassen. Bekannt gemacht wurde, dass eine Vielzahl der Mieterhöhungen fehlerhaft ist, da Vermieter die Wohnlage unberechtigt verbessert haben. Bekannt ist aber auch, dass oft bei dem Kriterium Ausstattung der Wohnung Ausstattungen aufgeführt werden, die nicht zutreffen. Durch diese bewusst oder unbewusst gemachten falschen Angaben wird eine Miete verlangt, die der Mieter nicht zahlen muss.

Viele Mieter nutzen die rechtlichen Möglichkeiten und widersprechen einer solchen Mieterhöhung.

Auch Bürger, die die Wohnkosten erstattet bekommen, erhalten fehlerhafte Mieterhöhungen.

Nun die Frage:

Was wird von der Verwaltung unternommen damit Bürger, die die Wohnkosten erstattet bekommen, nicht in Unkenntnis dem Mieterhöhungsverlangen zustimmen und somit aus Steuermitteln dem Vermieter ein nicht gerechtfertigter Zusatzgewinn zugutekommt. Denn die Bürger vertrauen darauf, dass die Wohnkosten von den Ämtern bezahlt werden, sofern sie innerhalb der Angemessenheitsgrenze liegen.

Nachfrage Herr Stadtrat Bartels:

Was ich eigentlich erwartet hätte als Antwort ist, dass die Verwaltung tätig wird und die Bürger, die Wohnkosten erstattet bekommt, auffordert den Mietvertrag vorzulegen. Weil bekannt ist, dass sehr viel falsch gemacht wurde. Und wenn es hier pro Wohnung um etwa 10 Euro im Monat geht, dann sind das pro Haushalt oder pro Wohnung 120 Euro. Und wenn wir das hoch rechnen auf die Bürger, die bedürftig sind, dann ist das eine erklägliche Summe. Und ich denke, da sollte die Verwaltung zukünftig etwas mehr Wert darauf legen, dass diese unberechtigten Summen nicht an die Vermieter gezahlt werden. Danke.